

A1 Anträge

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.10.2017

Kommunale Jugendbeteiligung in Rheinland-Pfalz flächendeckend verankern

1 Mit der Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark“ hat die Landesregierung
2 Rheinland-Pfalz eine gute Grundlage für eine eigenständige Jugendpolitik gelegt.
3 Das Programm JES! fördert unter Anderem Gestaltungsspielräume für Jugendliche,
4 die Jugendsozialarbeit, die interkulturelle Arbeit, die Partizipation
5 Jugendlicher aus kommunaler Ebene, die Medienkompetenz von Jugendlichen,
6 Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus oder europäische und internationale
7 Jugendprojekte in Rheinland-Pfalz. Die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz begrüßt es
8 daher, dass die finanzielle Unterstützung der eigenständigen Jugendpolitik im
9 letzten Haushalt trotz Schuldenbremse um 1 Mio. € angehoben wurde und fordert
10 die Landesregierung auf, diesen Betrag im kommenden Haushalt weiterhin zu
11 erhöhen.

12 Doch Rheinland-Pfalz kann noch weit mehr in der Jugendpolitik erreichen!

13 Von einer flächendeckenden Jugendbeteiligung sind wir bis auf vereinzelte
14 Jugendparlamente noch sehr weit entfernt. Doch gerade in Zeiten, in denen
15 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Aufwind, junge Menschen entweder
16 politikverdrossen sind oder vor Ort keine Einbindungsmöglichkeit in die
17 Kommunalpolitik vorfinden, ist es sehr wichtig, Jugendliche und junge Erwachsene
18 frühzeitig in den demokratischen Prozess mit einzubinden. Hinzu kommt, dass
19 bedingt durch den demographischen Wandel junge Menschen in der Bevölkerung stark
20 unterrepräsentiert sind. Aufgrund der Tatsache, dass viele noch gar nicht wählen
21 dürfen, fallen ihre Interessen oft unter den Tisch. Dabei sind Kinder und
22 Jugendliche unsere Zukunft. Und für diese Zukunft muss mehr Politik gemacht
23 werden. Denn eine politisierte und in die demokratischen Prozesse unserer
24 Gesellschaft eingebundene Jugend stärkt unsere Kommunen und ist ein Gewinn für
25 unsere Gesellschaft!

26 Daher fordert die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz die Partizipation von Kindern und
27 Jugendlichen flächendeckend als Querschnittsaufgabe in unsere Kommunen zu
28 verankern. Allen Kindern und Jugendlichen muss – unabhängig ihrer sozialen und
29 Bildungsherkunft – die Teilhabe an kommunaler Politik ermöglicht werden!

30 Das wollen wir ändern:

31 Dies erreichen wir, indem die Landesregierung Rheinland-Pfalz die
32 Gemeindeordnung, die kein verbindliches Recht für Kinder und Jugendliche auf
33 kommunale Beteiligung vorsieht, nach dem Vorbild Baden-Württembergs novelliert.
34 Daher will die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz folgende Sätze in der
35 Gemeindeordnung verankern:

36 *Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die
37 ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der
38 Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die
39 Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten.
40 Die Mitglieder der Jugendvertretung sind ehrenamtlich tätig. Jugendliche können*

41 *Jugendvertretung beantragen, die ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den*
42 *kommunalen Vertretungen sowie ein Anrecht auf angemessene finanzielle Mittel*
43 *haben.*

44 Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf,
45 das Programm JES! mit einem eigenen Fördertopf für die professionelle
46 Entwicklung von kommunalen Jugendbeteiligungskonzepten zu erweitern. Dieser
47 Fördertopf soll Kommunen die Möglichkeit geben, sich bei der Erarbeitung von
48 kommunalen Jugendbeteiligungskonzepten durch externe Experten beraten zu lassen.
49 Unser Ziel ist es, dass dadurch jede Kommune ein Jugendbeteiligungskonzept
50 entwickelt, das durch eine breite Beteiligung gemeinsam mit der kommunalen
51 Politik, der Verwaltung, der Jugendarbeit, den Schulleitungen und Lehrkräften,
52 den Schüler*Innenvertretungen sowie den Vereinen entwickelt wird.

53 Schließlich sieht die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz auch in der Senkung des
54 Wahlalters eine große Chance für eine bessere Jugendbeteiligung. Daher
55 unterstützt die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz ausdrücklich das Bestreben der
56 Landesregierung, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 zu senken. Langfristig
57 setzt sich die GRÜNE JUGEND für eine Abschaffung aller Wahlaltersgrenzen ein,
58 denn so bekommen auch Kinder und die Zukunft die Stimme in der Politik, die ihre
59 Anliegen verdienen.